



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Sandro Kirchner, Dr. Franz Rieger, Martin Bachhuber, Alex Dorow, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Alfred Sauter, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter und Fraktion (CSU)

Keinen bürokratischen Knebel für kleine und mittlere Unternehmen – Lockerung der Belegausgabepflicht (Bon-Pflicht)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. weiterhin die Spielräume bei der Befreiung von der Bon-Pflicht aus Zumutbarkeitsgründen zu nutzen, um bürokratische Auswüchse für den bayerischen Mittelstand zu vermeiden und
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, Erleichterungen zu erreichen.

Begründung:

Die mit dem Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen (Gesetz vom 22. Dezember 2016, BGBl. I S. 3152) eingeführte Belegausgabepflicht (§ 146 a Abs. 2 Satz 1 Abgabenordnung) führt im Handel seit dem 1. Januar 2020 und dabei insbesondere beim Verkauf von Waren an eine Vielzahl von nicht bekannten Personen zu einer erheblich gesteigerten Ausgabe von Belegen, die größtenteils nicht von den Kunden mitgenommen, sondern direkt im Geschäft entsorgt werden.

Bei Verkauf von Waren an eine Vielzahl von Personen können die Finanzbehörden aus Zumutbarkeitsgründen nach Ermessen eine Befreiung von der Belegpflicht erteilen. Die Steuerbehörden werden aufgefordert, etwaige Spielräume mittelstandsfreundlich zu nutzen.